

SPITTAL, VILLACH

Ministerium gibt zwei Kärntner Kasernen frei

Platz für winterfeste Zelte und Flüchtlingscontainer.

VILLACH, SPITTAL. Flüchtlinge könnten künftig auch in Containern und Zelten auf Kasernengeländen in Kärnten untergebracht werden. Per Verordnung vom Freitag letzter Woche, die ein halbes Jahr lang gilt, bietet das Verteidigungs- dem Innenministerium jetzt neben der Hensel-Kaserne in Villach auch die Türk-Kaserne in Spittal an. Beide Einrichtungen waren zuletzt von Experten der Ministerien begutachtet und für geeignet befunden worden. Die Kaserne in Bleiburg ist nicht mehr auf der Liste, weil sie für den Assistenzeinsatz benötigt wird. In Villach wurde der Sportplatz der Kaserne bereits geschottert, damit man darauf winterfeste Zelte errichten kann.

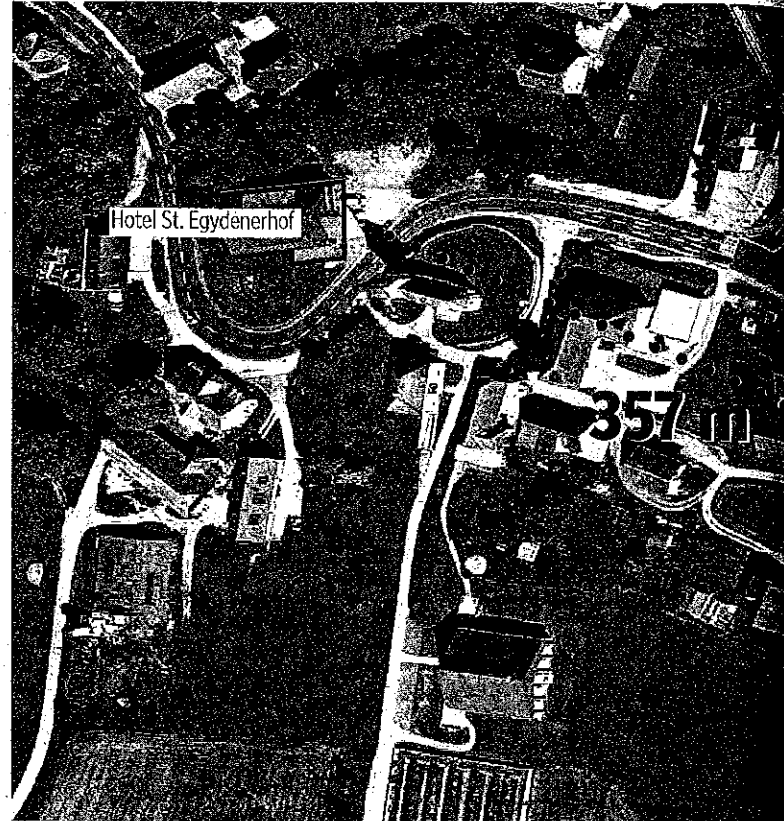
Wann und ob das Innenministerium vom Durchgriffsrecht Gebrauch macht und die Kasernenplätze schafft, ist offen. Kärntens Militärkommandant Walter Gitschthaler sagt, die Entscheidung „könnte täglich kommen“. Weil es im Bezirk Spittal die geringste Flüchtlingsquote gibt, sei damit zu rechnen, dass zuerst dort die Belegung erfolgt.

Asyl: Scharfer Protest

In St. Egyden will Bund für 130 Leute ein Flüchtlingsquartier öffnen, obwohl es ganz nahe bereits ein Quartier gibt. Auf 500 Ortsbewohner kämen 200 Asylwerber.

ANDREA BERGMANN,
ROBERT BENEDIKT

Abwehrfronten gibt es anfangs immer wieder, wenn in Kärnten ein neues Flüchtlings-Großquartier entstehen soll. Diesmal aber herrscht Fassungslosigkeit: Denn in St. Egyden (Gemeinde Schiefing, Bezirk Klagenfurt-Land) macht das Innenministerium vom Durchgriffsrecht Gebrauch, hat einen Vertrag mit der Besitzerin des Lorenzihofes unterfertigt und will bereits Ende Dezember im bisherigen Tourismusbetrieb 130 Asylwerber unterbringen. Gesamt könnten es bis zu 150 werden. Der betroffene Ort Roach zählt 170 Einwohner. Allerdings gibt es nur 350 Meter entfernt, von einer Straße getrennt, in der Gemeinde Velden, Bezirk Villach-Land, ein Landesquartier



für 64 Flüchtlinge. „Auf 500 Einwohner kommen dann 200 Flüchtlinge. Ein derart massives Ungleichgewicht kann nicht getragen werden“, protestierten die betroffenen Bürgermeister Ferdinand Vouk (SPÖ, Velden) und Valentin Happe (ÖVP, Schiefing) in einer gemeinsamen Pressekonzferenz gegen die „Planlosigkeit des Bundes“. Laut Infor-

mationen soll der Lorenzihof ein Asylwerberheim oder Erstaufnahmezentrum werden.

Ungewohnt scharf in seiner Wortwahl war gestern nach der Sitzung des Parteivorstandes auch Landeshauptmann und Flüchtlingsreferent Peter Kaiser (SPÖ): „Sinnlos und dumm“ bezeichnete er das Vorgehen des Innenministeriums. Kaiser, der ver-

Hochwasser: Immer mehr Verdächtige

Nach Katastrophe in Lavamünd ermittelt Staatsanwaltschaft gegen 21 Personen.

LAVAMÜND. Mehr als drei Jahre nach der Überschwemmung in Lavamünd dauert die juristische Aufarbeitung der Katastrophe an. Mittlerweile ermittelt die Staatsanwaltschaft (StA) Klagenfurt gegen 21 Personen, bestätigt StA-Sprecher Markus Kitz. Die Er-

mittler prüfen, ob es „ein falsches und schuldhaftes Hochwassermanagement gegeben hat, das ursächlich für die entstandenen Schäden in Lavamünd und Slowenien ist“, sagt Kitz. Als Beschuldigter wird auch die Verbund Hydro Power AG geführt,

die an der Drau zehn Kraftwerke betreibt. Dem Verbund wird vorgeworfen durch falsche oder zu späte Maßnahmen das Hochwasser am 5. November 2012 verschlimmert zu haben. „Bei dem Hochwasser handelt es sich um ein elementares Naturereignis, das durch außergewöhnliche, unerwartete und unvorhergesehene Niederschläge, besonders im Bereich der Karawanken, verursacht wurde“, sagt hingegen Verbund-Sprecher Robert Zechner.

Wie hoch die Hochwasserschäden sind, prüft ein Sachverständiger im Auftrag der Staatsanwaltschaft. Es handelt sich „um einen

hohen zweistelligen Millionenbetrag“, sagt StA-Sprecherin Tina Frimmel-Hesse. „Der Sachverständige wurde mit einem Ergänzungsgutachten beauftragt.“ Ein Ergebnis oder einen Zwischenbericht werde es frühestens in einem halben Jahr geben. Lavamünd hat bereits Klage gegen den Verbund eingebracht. Die Stadt fordert vom Energiekonzern 622.000 Euro Schadenersatz. Die Klage ist aber noch nicht rechtskräftig, weil sie der Verbund beinsprucht hat, mit der Begründung, dass dafür nicht das Landesgericht Klagenfurt zuständig sei. **JOCHEN HABICH**